

1. September 2018

PRESSEMELDUNG 46/2018

Keine Bespaßungshäuser für „Flüchtlinge“

AfD-Landesvorsitzende v. Sayn-Wittgenstein kritisiert Kaltenkirchener Altparteienblock

Deutschlandweit haben die in diesem Land herrschenden Mißstände die AfD in die Parlamente gebracht. Auch im schleswig-holsteinischen Kaltenkirchen sitzt die AfD seit den letzten Kommunalwahlen in der Stadtverordnetenversammlung. Und auch hier hält die AfD die Altparteien mit Sachanträgen ordentlich auf Trab. Doch in der jüngsten Stadtverordnetenversammlung wurde einmal mehr klar, wie es um das Demokratieverständnis des Parteienblocks der Etablierten bestellt ist: Denn Fragen der AfD-Fraktion um mögliche Risiken einer geplanten „Begegnungsstätte“ für Asylanten – die neben einer Grundschule entstehen soll – werden nicht in Form des parlamentarischen Diskurses erörtert, sondern mit einer Gemeinsamen Erklärung von CDU, SPD, FDP, Linken und örtlicher Wählergemeinschaft als Rassismus, Hetze und Ausländerfeindlichkeit diffamiert und abgetan.

„Daß sich die Kaltenkirchener AfD-Fraktion sachlich danach erkundigte, ob unter den lokalen Asylbewerbern straffällige Mehrfachtäter oder ‚Gefährder‘ bekannt seien, kann vor dem Hintergrund der gerade in Chemnitz bundesweit für Schlagzeilen sorgenden Bluttat als vollkommen gerechtfertigt betrachtet werden. So sieht verantwortungsbewußte Politik aus.“, so die AfD-Landesvorsitzende v. Sayn-Wittgenstein, die abschließend festhält: „Statt sich auf der Sachebene mit den Sorgen von Bürgern und besonders Eltern auseinanderzusetzen, werden sachliche Fragen auf hetzerische und verantwortungslose Weise diffamiert. Der Schutz aller Bürger ist für die AfD wichtiger als „Bespaßungshäuser“ für illegal Eingereiste. Dafür nehmen wir auch Beleidigungen in Kauf.“